

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesrätinnen und Bundesräte Elisabeth Kittl, Marco Schreuder, Simone Jagl

betreffend: Das Klimaticket muss bleiben!

eingebracht im Zuge der Debatte über die Erklärung des Bundeskanzlers gemäß § 37 Abs. 4 GO-BR anlässlich des Amtsantritts des neuen Bundeskanzlers

BEGRÜNDUNG

Mit einer Blau-Schwarzen Regierung drohen Angriffe auf unsere Demokratie, die unabhängige Justiz, Sozialleistungen und auf den Natur- und Klimaschutz. Das Klimaticket, mit dem Menschen günstig, bequem und klimaschonend mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln in ganz Österreich unterwegs sind, ist in Gefahr.

Die Verhandler:innen der drohenden Rückschrittsregierung überlegen wesentliche Einschnitte bei zahlreichen, erfolgreichen, klimarelevanten Maßnahmen, welche die aktuelle Bundesregierung in den vergangenen Jahren setzen konnte.

Das angedachte generelle Aus für die Klimatickets konnte durch den breiten Widerstand der Öffentlichkeit anscheinend abgewendet werden. Zehntausende Bürger:innen haben bereits Petitionen zur Erhaltung des Klimatickets unterschrieben. Dennoch besteht die Gefahr, dass das Ticket unter einer Blau-Schwarzen Regierung nicht in seiner derzeitigen Form bestehen bleibt und erheblich teurer wird. Das Aus für das kostenlose Klimaticket für 18-Jährige wurde von FPÖ und ÖVP bereits angekündigt. Überlegt werden laut Medienberichten auch wesentliche Verteuerungen über die Inflationsanpassung hinaus.

Warum das Klimaticket in seiner derzeitigen Form unverzichtbar ist:

- Über **300.000 Menschen** nutzen es bereits täglich um günstig, bequem und klimafreundlich in ganz Österreich unterwegs zu sein.
- **1,3 Millionen Menschen nutzen ihr regionales Klimaticket** in den Bundesländern.
- Das Klimaticket bedeutet **leistbare Mobilität und mehr Lebensqualität** für die Menschen in Österreich.
- Es **stärkt den öffentlichen Verkehr** und macht Österreich lebenswerter.

Da der derzeit mit der Fortführung der Geschäfte des Bundesministers für Finanzen betraute Sektionschef Mayr die von den Verhandlungsteams von FPÖ und ÖVP vorgeschlagenen Kürzungsprogramme – ohne entsprechende Beschlüsse der

Bundesregierung – aktiv an die Europäische Kommission übermittelt und besprochen hat, ist auch die derzeitige Bundesregierung aufgerufen, diese Verschlechterung für die österreichische Bevölkerung zu verhindern. Daneben soll aber bereits auch jede zukünftige Bundesregierung aufgefordert werden, dafür zu sorgen, dass das KlimaTicket in seiner derzeitigen Form unverändert erhalten bleibt.

Die unterfertigenden Bundesrätinnen und Bundesräte stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass das KlimaTicket in seiner bestehenden Form erhalten bleibt.“



ELISABETH KITTL



Mara Schreder



Simone JAGL

